



Detailansicht des Registereintrags

Dipl.Kfm. Ekkart Kaske MBA

Aktuell seit 21.05.2026 10:11:55

Frühere/-r Interessenvertreter/-in seit 21.05.2026

Natürliche Person

Registernummer:	R000136
Ersteintrag:	22.01.2022
Letzte Änderung:	21.05.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	17.02.2026
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

EU-Gesetzgebung; Institutionelle Fragen der EU; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Zivilprozessrecht in Europa & EU, Raumfahrt, Verteidigung

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als Public Affairs Berater vertrete und berate ich Unternehmen, Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Themen wie verbessern von Zivilrecht, Massenstreitverfahren, oder Schwerhörigkeit einsetzen. Deren Interessen vertrete ich auch gegenüber dem Bundestag, der Bundesregierung und anderen staatlichen Institutionen. Bei diesem Einsatz spreche ich u.U. politische Entscheidungsträgerinnen und -träger auch direkt an, versende Studien, Stellungnahmen und Formulierungen für Gesetzesentwürfe, nehme (auf Einladung) an Anhörungen bzw. Veranstaltungen teil.

Themen sind u.a. das Einbringen in die Debatte um eine Verbesserung des Zivilprozessrechts sowie zur besseren Versorgung der Hörgesundheit und Teilhabe von Menschen in der Gesellschaft (wie z.B. Cochlea Implantat Träger).

Konkrete Regelungsvorhaben (1)

1. Umsetzung EU Produkthaftungsrichtlinie

Beschreibung:

Der Entwurf soll das deutsche Produkthaftungsrecht zum ersten Mal seit 1989 umfassend reformieren. Er dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 85/374/EWG des Rates (ABl. L, 2024/2853, 18.11.2024), im Weiteren: „ProdHaftRL“. Die ProdHaftRL modernisiert das bisherige EU-Produkthaftungsrecht und hat das Ziel, zum Funktionieren des Binnenmarktes beizutragen und gleichzeitig ein hohes Schutzniveau für Verbraucher und andere natürliche Personen sicherzustellen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/4297 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Modernisierung des Produkthaftungsrechts (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

ProdHaftG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Building fair and effective civil justice systems in Europe.

Interessenbereiche: EU-Gesetzgebung

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. European Justice Forum AISBL

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (1):

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Unterauftragnehmer/-innen (1):

1. European Justice Forum AISBL

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro